Bezugspreis
vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortsverkehr Mk. 2.70, außerhalb Mk 2.80 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.

Aus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
Von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis
Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. Bei gerichtlicher Eintreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 84 | Druck und Verlag in Altensteig. | Donnerstag, den 10. April. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Vom Deutschen Landwirtschaftsrat wird uns geschrieben:

Die Zufuhren der nach dem Brüsseler Abkommen zu erwartenden Ablieferungen von Lebensmitteln haben begonnen, stellenweise sind auch schon ausländische Mehlsendungen eingetroffen. Da sich die Gestehungskosten dieses Mehls weit über den Preis des Inlandsmehls stellen, wird die fremde Ware vorläufig nicht zur Broterzeugung verwendet, sondern auf die Mehlabschnitte zu höheren Preisen als Mehl verkauft werden.

Inzwischen beginnen die Kaufleute ihre Vorbereitungen für den Ankauf der in den nächsten Monaten einzuführenden Getreidemengen zu treffen. Die neue Einfuhrorganisation ist so gedacht, daß die Importeure bzw. die Agenten die vom Ausland erhaltenen Angebote, mit ihren Kosten und Gewinnzuschlägen berechnet, einer neu gegründeten rein kaufmännischen Zentrale übergeben. Letztere ist die Kaufbeauftragte der Wirtschaftsbehörden, kauft aber nicht direkt im Ausland, sondern nur von den deutschen Handelsfirmen, die auf diese Weise ihre ausländischen Verbindungen wieder anknüpfen und auch ihren Kredit ausnützen können.

Von Amerika wird sehr feste Haltung für Mais berichtet. Dieser wird von den Verbrauchern fortgesetzt zur Deckung ihres Jahresbedarfs gekauft, so daß das Angebot auf den Märkten schwach bleibt. Das erlassene Verbot der Getreideeinfuhr trägt in den Vereinigten Staaten mit zu der Festigkeit der Getreidemärkte bei, zumal die Regierung infolge des vom Senat bewilligten Zuschusses in der Lage ist, die Ueberschüsse der nächsten Weizenernte zu Weltmarktpreisen im Ausland verkaufen zu können.

Von Argentinien wird ein Anwachsen der Weizen-, Mais- und Leinsaatverschiffungen nach Europa, dabei aber auch eine nicht unerhebliche Steigerung der Weizenbestände berichtet. Während der vorletzte Bericht von Beschädigungen der auf den Feldern stehenden Getreidemieten sprach, und auch die Maisernte weniger günstig beurtachtete, ist von Regen- bzw. Ueberflutungsschäden im diesmaligen Bericht nicht mehr die Rede, und die Aussichten der Maisernte werden wieder als „Ausgezeichnet" bezeichnet. Dabei sind aber die Weizenpreise in Buenos-Aires gestiegen, wozu wohl die für Deutschland erwartete Nachfrage beigetragen haben dürfte. Von Australien liegen Postnachrichten vor, wonach der neulich gemeldete Ankauf Englands von 1 Mill. Tonnen nicht zustande gekommen sei. Die letzte australische Weizenernte wird auf 77 Mill. Bush. (1 Bush. gleich 27,3 Kg.) geschätzt gegen 114,99 Mill., 152,4 Mill. und 179,1 Mill. in den drei vorhergegangenen Jahren.

Die europäischen Bedarfsgebiete sind durch die großen amerikanischen Lebensmittelsendungen der letzten fünf Monate gut versorgt, sodaß die nunmehr beginnenden deutschen Ansprüche kaum einen ernsteren Einfluß auf die sonstige Verproviantierung Europas ausüben dürften.

Von der Münchener Räterepublik.

München, 9. April. Der Zentralrat erläßt eine Bekanntmachung, wonach versprochen wird, daß die Sparkasseneinlagen unangetastet bleiben sollen. Plünderer sollen erschossen werden. Der Rat warnt vor einer Judenhetze, die in massenhaft verbreiteten Flugblättern aus Norddeutschland vorbereitet werde. Alle Teilnehmer werden strengstens bestraft. Die Privatbanken wurden unter Aufsicht gestellt, damit kein Kapital abgehoben werden kann. Dr. Levien (Russe) soll zum Kriegsminister (Volkskommisar für das Militärwesen) ernannt werden. Da er aber unumschränkte Vollmacht verlangt, so sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen und die Vereinigung mit der extremen Partei der Kommunisten schwebt noch. Alle Wohnräume werden beschlagnahmt und das Verfügungsrecht geht auf die Gemeinden über. Auf jeden Einzelhaushalt soll nur ein Zimmer mit Küche kommen, auf jede Familie eine Mindestzahl von Schlafzimmern nebst einem Wohnraum. Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte sind zu bevorzugen. Die örtlichen Arbeiterräte sind beauftragt, sämtliche Gasthöfe und Gasthäuser inbezug an Lebensmittelvorräte, Mahlzeiten und Zimmerpreise zu kontrollieren und die den normalen Gebrauch übersteigenden Vorräte den kleinen Gasthöfen, in denen hauptsächlich Arbeiter verkehren, zur Verfügung zu stellen. Barabhebungen von Geld sind täglich nur bis zu 100 Mk. gestattet. Für größere Abhebungen (zu Lohnzahlungen, Betriebsunkosten usw.) ist genaue Begründung notwendig. Abhebungen von Effekten sind bis auf weiteres unzulässig, mit Ausnahme der Depots im Gesamtwert von 2000 Mk. Zur Sozialisierung der Presse wird verordnet, daß die gesamte Presse Bayerns unter gesellschaftliche Wirtschaftsaufsicht gestellt wird. Die gesamte Verwaltung und Betriebsführung untersteht auch in wirtschaftlicher Beziehung der Oberaufsicht. Der allgemeinen Sonntagsruhe, von denen nur die Lebensmittelgeschäfte ausgenommen sind, wird auch die Presse untergeordnet. Die Kontrolle über die Presse wird von Betriebsräten ausgeführt.

Der Zentralrat gibt bekannt, daß das in Ohrdruf (Sachsen-Koburg-Gotha) gebildete bayerische Freiwilligenkorps unter Oberst Epp von der Bamberger Regierung zum Schutz gegen die Räterepublik nach Bamberg befohlen worden sei. Jeder „ernst erevolutionäre Sozialist" werde jetzt wissen, was er zum Schutz der Räterepublik zu tun habe.

Abberufung des bayerischen Gesandten.

München, 9. April. Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten hat den bayerischen Gesandten der Räterepublik Dr. von Preger in Berlin abberufen, da die Räterepublik den deutschen Verfassungsentwurf des Dr. Preuß niemals anerkennen werde.

Gegen die Räteregierung.

Nürnberg, 8. April. Die Bauernschaft des Rieses erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses haben sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaft Oberbayerns, Schwabens und des Allgäus schließt sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erklärt dieses Ministerium und den bayerischen Landtag als gesetzliche Regierung und Volksvertretung und tut alles zu deren Unterstützung. Sie steht zusammen mit den Bürgern und Arbeitern, die auf dem Boden der ersten Revolution und des Staatsgrundgesetzes stehen. Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 6 Uhr, wird die **Lebensmittelsperre** über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räteregierung zurückgetreten ist.

Würzburg, 8. April. Die A.- und S.-Räte des 2. bayerischen A.-K. haben mit Vierfünftel-Majorität sich gegen die Räterepublik und für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Das Los von München!

München, 9. April. Unter der Ueberschrift „Das Los von München: Bolschewikistadt!" bringen die Münchener Neuesten Nachrichten folgenden Aufruf: „Ein Häuflein bestochener Agenten aus Rußland terrorisiert München, das auf Befreiung durch Euch wartet. Duldet Ihr, wie jetzt in Rußland, einen Trotzky, einen Diktator und Mörder, dann wird auch in unserem Bayern das Elend triumphieren. Von nirgends bekommen wir Lebensmittel her. Das Reich gibt keinen Pfennig mehr. Wie wenig gilt dann Bayern in der Welt, das bisher ein gewichtiges Wort mitzureden hatte! In Nichts wird es zerfallen. Geschunden und bedrückt wird es werden. Das wollt Ihr nicht, das will keiner, der nicht Agent und Spion ist. Um das zu verhindern, darf kein anständiger Bayer fehlen. Alle heran mit ganzer Tatkraft! Verlaßt Eure Werkstätten, formiert Euch und dann drauf auf Münchens Gesindel! Es lebe die Republik, nieder die Anarchie! Handeln, sofort handeln, handeln!"

Außerdem sind Millionen von Flugblättern im Druck, die zum Eintritt in die Freiwilligenkorps, zum Grenzschutz, auch nötigenfalls gegen den inneren Feind auffordern. Der Zentralrat bemerkt dazu: „Die Bemühungen der Aufreizer werden in Bayern vergebens sein. Das schaffende Volk Bayerns läßt sich nicht zum Brudermord verleiten."

Neues vom Tage.

Der Reichshaushalt.

Weimar, 8. April. Der Nationalversammlung ist heute der Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen. Darnach wird der Reichshaushalt in Einnahmen und Ausgaben auf 13 858 495 114 Mk. festgestellt, und zwar im ordentlichen Haushalt auf 13 042 151 910 Mk. in Einnahmen und 11 263 411 095 Mk. in fortlaufenden und 1 778 740 815 Mk. in einmaligen Ausgaben; im außerordentlichen Haushalt auf 816 343 204 Mk. an Einnahmen und 816 343 204 Mk. an Ausgaben. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt: a) die Summe von 673 600 000 Mk. im Wege der Anleihe flüssig zu machen; b) zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 6000 Millionen Mark hinaus Schatzanweisungen auszugeben; c) zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen; d) bei Zahlungen für das Reich, die vor der gesetzlichen oder vertraglichen Fälligkeit erfolgen, einen angemessenen Abzug zu gewähren.

Im außerordentlichen Haushalt sind für Tilgung der Reichsschuld 142¾ Millionen eingesetzt. Unter den Ausgaben befinden sich „aus Anlaß des Kriegs" 40 Milliarden Mark. Die fortdauernden Ausgaben der Verwaltung des Reichsheers und der Marine werden vorläufig aus dem außerordentlichen Haushalt bestritten. Im Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds für Versorgungsgebührnisse an Unteroffiziere und Gemeine stehen 20 Millionen, für Sachsen 2 Millionen, für Württemberg 1,2 Millionen (7,5 Millionen weniger als 1918), Pensionsgebührnisse für Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamte aller Grade 45,7 Millionen, Sachsen 3,6 Millionen, Württemberg 2,2 Millionen (ebensoviel wie 1918), Bewilligung für Hinterbliebene 12 Millionen, für Sachsen 900 000 Mk., für Württemberg 550 000 Mk. (473 000 Mk. mehr als 1918). Im ganzen sind in diesem Kapitel zahlreiche Unterstützungen, Beihilfen usw., enthalten, in Preußen 88,9 Millionen, in Sachsen 7½ Millionen, in Württemberg 4,6 Millionen (3,5 Millionen mehr als im Jahr 1918). Die Versorgungsgebührnisse infolge des Kriegs von 1914/19 betragen für Preußen 720 Millionen, für Sachsen 72 Millionen, für Württemberg 33,5 Millionen (365,7 Mil. Mark mehr als 1918). Bei der Reichsmarine betragen diese Versorgungsgebührnisse 11,4 Millionen, beim Kommando der Schutztruppe 2,9 Millionen.

Aus dem Rätekongreß.

Berlin, 9. April. Der Rätekongreß sandte ein Friedensprogramm an das ungarische Proletariat. Präsident Ledebour sagte in seiner Eröffnungsansprache: Die Revolution ist nicht gemacht worden, damit das deutsche Volk seine Unterdrücker wechsele, damit an Stelle unserer Junker die imperialistischen Eroberer eines fremden Volks treten.

Strafreiheit der Mitglieder des Rätekongresses.

Berlin, 9. April. Aus Kreisen des Rätekongresses erfahren verschiedene Morgenblätter, daß die Regierung der Forderung des Kongresses nach Gewährung der Immunität für seine Mitglieder zugestimmt habe und zwar mit der Einschränkung, daß sie nur für die Dauer des Kongresses gelte und daß sie keine rückwirkende Kraft besitze.

Schlichtungsverhandlungen.

Berlin, 9. April. Der Schlichtungsausschuß, der zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und der Organisation der streikenden Angestellten verhandelte, hat gestern seinen einstimmig gefaßten Schiedsspruch fällen können. Die zur Annahme empfohlenen Gehalts- und Lohnsätze halten sich auf einer Höhe zwischen 180 und 40 Prozent über dem letzten Friedenseinkommen, bleiben jedoch hinter den von den Angestellten geforderten Sätze zurück. Den größten Schwierigkeiten begegnete das Verlangen der Angestellten nach dem Mitbestimmungsrecht. Die Verhandlungen über einen Tarifvertrag sollen alsbald fortgesetzt und möglichst bis zum 30. Juni beendet werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich bis zum 11. April, vormittags 10 Uhr, zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

Gegen den Terrorismus.

Berlin, 9. April. Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Leipzigs warnt vor der Teilnahme an jeglicher Demonstration und fordert die Arbeiter auf, sich gegen jeden Terrorismus zu wehren.

Streik der Bankbeamten.

Berlin, 9. April. Eine Versammlung der Bankangestellten Groß-Berlins nahm eine Entschließung an, in der alle Bankbeamten im Reich aufgefordert werden, die Arbeit am 10. April niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeitsamt seitens des Verbands Berliner Bankleitungen in Verhandlungen aufgrund des vom allgemeinen Verband und dem Deutschen Bankbeamtenverein vorzulegenden Einheitstarifs aufgenommen werden. Die Angestellten der Berliner Großbanken sind bereits in den Streik getreten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Plünderungen in Magdeburg.

Magdeburg, 9. April. Nachts überfiel ein bewaffneter Haufe die Getreidespeicher im Hafengelände und plünderte sie teilweise aus. Es fand eine stundenlange Schießerei statt. Ein Angriff auf das Gerichtsgebäude wurde durch Maschinengewehrfeuer abgeschlagen. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. Eine Geheimabstimmung der Arbeiterschaft der Betriebe ergab 75 vom 100 für den Streik.

Der stellv. Polizeipräsident Vater, einer der Führer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdacht, an den Vorgängen beteiligt gewesen zu sein, seines Amtes enthoben worden. Der Wert der aus den Speichern des Lebensmittelamtes am Hafen geraubten Waren beläuft sich auf mehr als 700000 Mk. Die Bevölkerung wird durch diesen Raub empfindlich betroffen, da diese Lebensmittelmengen für eine erhebliche Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadt bestimmt waren. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes, in denen Lebensmittel für Gefangene lagerten, wurden ausgeplündert. Der Exekutivausschuß hat den Belagerungszustand über Magdeburg verhängt, ehe von der Reichsregierung die entsprechende Weisung kam. Der überwiegende Teil der Garnison hat sich bei den Zwischenfällen als regierungstreu erwiesen.

Magdeburg, 9. April. Gestern nacht kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Heute früh sind die ersten Regierungstruppen hier eingetroffen.

Zwickau, 8. April. Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie, einschließlich der Hüttenwerke, etwa 12000 Mann, haben heute die Arbeit niedergelegt.

Oelsnitz i. Erzgebirge, 8. April. Seit gestern nachmittag sind die Belegschaften des Lugau-Oelsnitzer Kohlenreviers ausständig.

Danzig, 8. April. Die aus 2000 Arbeitern bestehende Arbeiterschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte beschloß in den Ausstand zu treten, da die Forderungen auf Gewährung einer Teuerungszulage von 300 Mark und Ausbau des Erholungsurlaubes mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Teuerungszulage nicht allein den Danziger Arbeitern gewährt werden könne und es unmöglich sei, sie den gesamten deutschen Eisenbahnern zu geben. Der Vororts- und Fernverkehr von Danzig ist eingestellt.

Bremerhaven, 9. April. Gestern fand eine große Kundgebung gegen die ungenügende Lebensmittelversorgung in dem Gebiet der Unterweser statt. Die Reichsregierung wurde in einer Entschließung zu tatkräftigen Abhilfemaßnahmen und zum Anschluß an das revolutionäre Rußland aufgefordert.

Die Missionsfrage.

Berlin, 9. April. In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amts für die Friedensverhandlungen fand unter dem Vorsitz des Botschafters Grafen Bernstorff eine Besprechung über die beim Friedensschluß zu regelnden Fragen der deutschen christlichen Missionen im Ausland statt. Missionsdirektor Dr. Axenfeld erstattete eingehenden Bericht über die Bestrebungen namentlich der britischen Regierung, die Deutschen auch nach dem Krieg von jeder Missionsbetätigung auszuschließen, und über die durch nichts gerechtfertigte Vergewaltigung deutschen Missionseigentums in den feindlichen Kolonien, sowie im chinesischen Reich. Es wurde ein aus Vertretern der Regierung, sowie der Missionsanstalten beider Konfessionen bestehender Ausschuß gebildet.

Die gestrige Versammlung der deutschen evangelischen Missionshilfe hat eine Entschließung angenommen, in der unter Hinweis auf die während eines Jahrhunderts gewissenhaft und selbstlos geleisteten Dienste die vorbehaltslose Rückgabe aller deutschen Missionsgelder verlangt und die Glaubensgenossen in der Heimat und im Ausland gebeten werden, an dem Grundsatze festzuhalten, daß die christliche Mission keine Sache einer einzelnen Nation sei.

König Ludwig in der Schweiz.

Bern, 8. April. Wie die „Baseler Nachrichten" mitteilen, hat der Schweizer Bundesrat auf Ansuchen hin dem früheren König Ludwig von Bayern gestattet, mit einer kleinen Begleitung in Zizers bei Chur Wohnung zu nehmen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 9. April. In der Sitzung des Obersten Rats am Dienstag war auch Wilson anwesend. Es wurde über die Verantwortlichkeit verhandelt. Die britischen und französischen Mitglieder sind in der Anerkennung der Schuld Wilhelms II. und der Forderung nach Auslieferung und Verantwortung vor einem interalliierten Gerichtshof einig. Die Amerikaner stimmen der Schuld des früheren Kaisers zu, sehen aber keine rechtliche Möglichkeit zu seiner Verfolgung.

Paris, 9. April. Nach dem Bericht des Verkehrsausschusses sollen die neugegründeten Staaten in Mitteleuropa den Zugang zur See, freie Durchfuhr und freien Verkehr durch Deutschland und Oesterreich erhalten. Frankreich, der Schweiz und Belgien soll die freie Benützung des ganzen Rheinlaufs zustehen, außerdem soll Deutschland die Verpflichtung auferlegt werden, den freien Gürtel im Hamburger und in anderen Häfen bestehen zu lassen.

Eine Krise.

WTB. Amsterdam, 9. April. Einer Radiomeldung aus New-York zufolge melden alle New-Yorker Blätter, daß eine Krise in der Friedenskonferenz eingetreten ist, daß Wilson direkt oder indirekt ein Ultimatum überreicht und erklärt hat, daß er keine Konzessionen mehr machen wird. Die Anforderung des George Washington wird als endgültige Drohung ausgelegt, daß der Präsident sich zurückziehen werde, wenn die Konferenz auf einem toten Punkt anlange. Dem New-York Herald zufolge ist in den letzten Beratungen des Rates der Vier eine sehr große Spannung entstanden. Eine der verantwortlichsten mit Wilson assoziierten Persönlichkeiten erklärte, er würde nicht erstaunt sein, wenn die amerikanische Teilnahme an der Friedenskonferenz ein vorzeitiges Ende fände.

WTB. Amsterdam, 9. April. Dem Allgemeen Handelsblad wird aus London gemeldet: Der Pariser Korrespondent des Daily Chronicle teilt mit, daß Wilson unter dem Eindruck der fortschreitenden Entwicklung des Bolschewismus steht. Der Präsident hat das Zögern der Friedenskonferenz satt und beschloß, **die europäischen Friedensmacher ihre eigene Suppe kochen zu lassen.** Die New York Times hofft, daß sich Wilson und Lloyd George allen Annexionen widersetzen werden.

Paderewsky in Paris.

Paris, 9. April. (Havas.) In der gestrigen Kammersitzung erschien der polnische Ministerpräsident Paderewsky auf der Diplomatentribüne. Die Abgeordneten brachten Hochrufe auf Polen aus. Minister Pichon erklärte: Wir werden Polen unsere volle Beihilfe gewähren für seine endgültige Gestaltung und wir werden uns dafür verwenden, daß ihm sein volles Recht zuteil wird. Wir betrachten Polen als eine unerläßliche Garantie für den dauernden Frieden und Rechtszustand in Europa.

Zahlungsschwierigkeiten.

Bern, 9. April. Nach der Pariser Ausgabe des „Neuyork Herald" haben am 6. April in Pleßy Villette wichtige Sitzungen mit der deutschen Finanzabordnung stattgefunden, in denen die Deutschen neue Lebensmittelsendungen verlangten und erklärten, sie könnten ihre Zahlungen unmöglich in Gold fortsetzen. Um die Goldreserve Deutschlands zu erhöhen, müsse es große Anleihen in neutralen Ländern aufnehmen. Der Mangel an Handelsfreiheit verhindere überdies, die Lebensmittelkäufe zu bezahlen. Zur Kontrollierung dieser Behauptungen haben die Alliierten eine Versammlung von neutralen Großbanken einberufen, die Aufklärung über die genaue Art der deutschen Kredite geben sollen.

Cottin begnadigt.

Paris, 9. April. (Reuter.) Präsident Poincaré hat auf einen Bericht Clemenceaus die gegen Cottin verhängte Todesstrafe in eine 10jährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Verhältniswahlen in Frankreich.

Paris, 9. April. (Havas.) Die Kammer nahm mit 235 gegen 201 Stimmen grundsätzlich das Verhältniswahlsystem als Grundlage für die Wahlreform an.

Beseitigung der schmutzigen Stadtviertel.

London, 9. April. (Reuter.) Das Unterhaus hat die Wohnungsvorlage, die umfassende Pläne in der Wohnungsfrage, sowie die Ausrottung der schmutzigen Stadtviertel im ganzen Lande vorsieht, in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands.

Helsingfors, 9. April. Die russische Presse meldet, daß der Fehlbetrag des Staatshaushalts für Januar bis Juni ds. Js. auf 29 Milliarden Rubel geschätzt wird. Er soll durch Ausgabe neuer Banknoten gedeckt werden. Von der Entente werden in bedeutendem Umfang die Wälder bei Batum abgeholzt, und das Holz nach Marseille und London verschifft. Ebenso nimmt die Erdölausfuhr aus Batum nach den Ländern der Entente immer größeren Umfang an. Infolge des großen Papiermangels wird in den Provinzstädten nur der Druck einer oder zweier Tageszeitungen gestattet. Der Zuckerrübenanbau ist aus Mangel an Aussaat um 70 Prozent zurückgegangen.

Die Lage in Aegypten.

London, 9. April. General Allenby meldet aus Kairo, daß durch das Eingreifen der Truppen die Ruhe in Aegypten wieder hergestellt sei.

Essen, 9. April. Die „Revolutionären Bergarbeiter" haben an die Firma Krupp ein Ultimatum gerichtet, die Arbeitswilligen unverzüglich zu entlassen, widrigenfalls die Notstandsarbeiten eingestellt werden, was das „Ersaufen" der Zechen zur Folge haben würde.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ehe derselbe jetzt mit Josta und ihrer Zofe davon fuhr, sagte sie zu dem Diener:

„Wenn der Herr Graf zum Frühstück erscheint, melden Sie ihm, daß ich schon den Frühzug benutzt habe, um nach Waldow zu fahren, und daß im Boudoir auf meinem Schreibtisch ein Brief für ihn liegt."

Der Diener verneigte sich und trat zurück. Gleich darauf fuhr der Schlitten davon.

Mit einem letzten Blick umfaßte Josta das imposante Gebäude, das ihr hatte eine Heimat werden sollen für alle Zeit, und daß sie nun heimlich, wie ein Flüchtling, verließ, um nie mehr zurückzukehren. Sie schauerte zusammen und zog ihren Pelzmantel fester um sich. Die Zähne schlugen ihr im Frost aufeinander.

Die Zofe, die ihr gegenüber saß, wunderte sich, daß ihre junge Herrin in dem dicken Pelzmantel so fror. Es war doch nicht so kalt. Und wie starr und bleich sie nur aussah!

Diese plötzliche Abreise erschien ihr nun doch ein wenig seltsam, weil sich der Herr Graf gar nicht hatte sehen lassen, und weil die Frau Gräfin einen Brief hinterlassen hatte, statt dem Grafen zu sagen, was sie auf dem Herzen hatte. Und dann war doch auch der junge Herr Graf auf Besuch da? War es nicht sonderbar, daß die Frau Gräfin gerade jetzt abreiste? Gestern war doch noch gar keine Rede davon gewesen, zumal doch die Frau Gräfin den ganzen Nachmittag Kopfweh gehabt hatte. Aber warum sollte sie sich den Kopf darüber zerbrechen?! Sie hatte nichts zu tun als das, was ihr die Herrin befahl.

Auch Graf Henning hatte eine schlaflose Nacht hinter sich. Nicht die Sehnsucht nach Josta hatte ihm den Schlaf ferngehalten, sondern der quälende Gedanke, was er seinem Bruder zufügen mußte, um sich selbst ein Glück zu erringen. Es erschien ihm fast unmöglich, Rainers Opfer anzunehmen. Seine heiße, sehnsüchtige Liebe zu Josta war merkwürdig still geworden in dieser Nacht. Er fühlte ganz deutlich, daß er an ihrer Seite nicht glücklich sein konnte, wenn er zuvor Rainer um sein Glück bringen mußte. Immer würde der Vorwurf in seiner Brust brennen, daß er dem Bruder die geliebte Gattin genommen hatte. Denn er konnte nicht daran glauben, daß Rainers Liebe zu Josta so väterlich ruhig war. Rainer hatte ihm das nur vorgetäuscht, um sein Opfer nicht so groß erscheinen zu lassen.

Aber wie nun die Entscheidung auch fallen würde, er mußte sie jetzt hinnehmen aus Jostas und Rainers Hand. Seit er die Herrschaft über sich selbst verloren und seiner Liebe Worte gegeben, hatte er sich des Rechts begeben, in dieser Sache selbst zu entscheiden.

Von Unruhe getrieben, ging er in seinem Zimmer auf und ab, nachdem er sich von seinem Lager erhoben hatte, ohne Ruhe gefunden zu haben. Er harrte nun in nervöser Erregung der Dinge, die da kommen sollten.

Es war bald nach acht Uhr, da wurde plötzlich seine Tür aufgerissen, und auf der Schwelle stand Rainer mit aschfahlem, verfallenem Gesicht, einen Brief in der Hand. Graf Henning zuckte zusammen und sah ihn erschrocken an.

„Mein Gott! Rainer — was ist geschehen?"

Graf Rainer fiel kraftlos in einen Sessel.

„Josta! Sie ist fort," stöhnte er.

Sein Bruder sah ihn mit brennenden Augen an.

„Josta? Fort? Mein Gott — wohin?"

Ein tiefer, zitternder Atemzug hob Graf Rainers Brust.

„Nach Waldow — heute mit dem Frühzug. Heimlich ist sie gegangen, ohne Abschied. Sie hat ihre Entscheidung getroffen. Da — lies, Henning — mein Opfer war umsonst," stieß er heiser hervor.

Voll Unruhe faßte Henning nach dem Briefe, den Rainer, gleich nach der Meldung des Dieners, in Jostas Zimmer gefunden hatte. Er faltete ihn auseinander und las:

„Lieber Rainer!

Nachdem ich imstande war, ruhig zu überdenken, was heute geschehen ist, halte ich es für das beste, Dein Haus zu verlassen und mich nach Waldow zu begeben. Es ist mir unmöglich, von Dir und Henning Abschied zu nehmen, ich kann es nicht über mich gewinnen. Aber alles drängt mich jetzt zu diesem Entschluß, mit dem ich schon lange gerungen habe. Verzeihe, wenn meine Entfernung einiges Aufsehen erregen sollte. Ich habe alles möglichst unverfänglich erklärt, und es wird Dir gelingen, vorläufig den Anschein zu erwecken, als sei ich mit Deiner Erlaubnis nach Waldow gegangen, um dort alles zu ordnen. Später wird sich dann alles weitere finden.

Dir will ich aber offen sagen, lieber Rainer, daß ich für immer gegangen bin. Nicht, weil ich, wie Du glaubst, Deinen Bruder liebe, das ist ein Irrtum von Dir. Ich habe Henning herzlich lieb wie einen Bruder, und es schmerzt mich unsagbar, daß ich ihm wider meinen Willen Schmerz bereiten mußte; aber eine Liebe, wie er sie leider für mich empfindet, kann ich ihm nicht entgegen bringen.

Aber auch das ist mir nun klar geworden, als Du heute mit mir sprachst, daß ich nicht mehr bei Dir bleiben kann. Unsere Ehe ist ein Unding, wir haben sie wohl beide nur geschlossen, ohne uns klar darüber zu werden, was wir damit auf uns nahmen. Ich wußte es jedenfalls nicht, wußte nicht, was es heißt, eine Ehe ohne gegenseitige Liebe einzugehen. Schon lange habe ich mit dem Entschluß gerungen, ob ich gehen muß oder nicht. Ich konnte mir nicht darüber klar werden und fürchtete mich auch — Dir wehe zu tun und Aufsehen zu erregen. Aus Deinem Verhalten heute habe ich aber gesehen, daß auch Du den Gedanken an eine Trennung nicht so ungeheuerlich findest, und das hat mich veranlaßt, sofort ein Ende zu machen. Bitte, zürne mir nicht, daß es etwas gewaltsam geschieht, es ist besser, als wenn wir uns gegenseitig noch lange quälen.

Auch daß ich ohne Abschied gehe, verzeihe mir. Es spart uns beiden nur eine peinliche Situation. Ich ziehe mich nach meinem stillen Waldow zurück. Bitte, sende mir baldigst meine Sachen dorthin, ich nehme nur das Nötigste mit.

Und bitte Henning, daß er mir vergeben soll. Ich habe nicht geahnt, was in ihm war, und habe vielleicht durch mein schwesterlich herzliches Verhalten Hoffnungen in ihm erweckt, die ich nie erfüllen kann. Gott mag ihm helfen, daß er mich bald vergißt. Dich aber, lieber Rainer, wage ich zu bitten, meiner in Zukunft zu gedenken mit dem guten, warmen Gefühl, das Du als Onkel Rainer für mich hattest. Gott schenke Dir ein reiches, schönes Glück, wie ich es Dir nicht bereiten durfte.

Zum Schluß bitte ich Dich herzlich, mich jetzt völlig meiner Einsamkeit zu überlassen. Versuche es nicht, mich wiederzusehen. Wir wollen erst beide zur Ruhe kommen. Was Du zur Regelung unseres Verhältnisses zu tun gedenkst, überlasse ich Dir. Ich bin restlos mit allem einverstanden, was Du zu tun für nötig findest. Nur verlange jetzt nicht, daß ich Dich wiedersehe. Lebe wohl — alles Glück mit Dir und verzeihe mir.

Deine Josta."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berlin, 9. April. Die Sozialisierungskommission hat ihr Amt niedergelegt, da sie aus verschiedenen Vorkommnissen der letzten Woche die Ueberzeugung geschöpft habe, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System nicht möglich sei.

Hamburg, 9. April. 8000 Tonnen Speck und Schmalz sind mit dem amerikanischen Dampfer „Samarinda", dem 6. der hier angekommenen Lebensmittelschiffe, im hiesigen Hafen eingetroffen.

Braunschweig, 9. April. Die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs ist in den politischen Generalstreik eingetreten.

Helmstedt, 9. April. Eine Abteilung der Braunschweiger Volkswehr hat gestern die öffentlichen Gebäude in Helmstedt besetzt.

Landesnachrichten.

Altensteig, 10. April 1919.

* **Ertrunken.** Gestern Nachmittag fiel der 2½ Jahre alte Knabe der Frau Schuhmacher und Hilfsbriefträger Wilhelm Henßler hinter dem Wohnhaus in die Nagold, ohne daß dieser Vorgang beobachtet wurde. Unterhalb der Kaufhausbrücke wurde das Kind tot aus der Nagold gezogen. Der Vater des ertrunkenen Kindes ist seit Herbst vermißt. Der Mutter, die ohnedies durch das Verschwinden ihres Mannes in Betrübnis ist, wendet sich herzliche Teilnahme zu.

‖ **Von der Ludendorffspende.** Gegenüber verschiedenen, die Oeffentlichkeit immer wieder beunruhigenden Gerüchte über die Ludendorffspende sei folgendes festgestellt: Die Mittel der Spende sind nicht in Berlin aufgespeichert. Entsprechend dem zu Beginn der Sammlung aufgestellten Grundsatz sind die in jedem Bundesstaat gesammelten Beträge in diesem verblieben. Ihre Verwaltung und Verwendung, bei der auch Kriegsbeschädigte mitwirken, steht in Württemberg dem Landesausschuß der Kriegsinvalidenfürsorge zu. Vielfach scheinen immer noch Zweifel über die Zwecke der Spende zu bestehen. Die gesamten Mittel sind ausschließlich für Kriegsbeschädigte bestimmt, d. h. für diejenigen Kriegsteilnehmer, die im Kriege Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben und dadurch in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind. Ganz unzutreffend ist endlich die mancherorts verbreitete Behauptung, daß ein großer Teil der Spende schon für Verwaltungskosten aufgebraucht worden sei. Von der Spende selbst ist hiefür noch nichts verwendet worden. Bis jetzt sind überhaupt die sehr erheblichen Ausgaben für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge aus solchen allgemeinen Mitteln bestritten worden, die dem Landesausschuß vor der Sammlung für die Ludendorffspende von allen Kreisen zugekommen sind. Das Ergebnis der Spende mit rund 3,9 Millionen Mark in Württemberg kann als ein durchaus gutes bezeichnet werden. Erscheint die Gesamtsumme zunächst als hoch, so muß doch in Anbetracht der außerordentlich starken Anforderungen an die Kriegsinvalidenfürsorge aufs nachdrücklichste darauf hingewiesen werden, daß mit den vorhandenen Mitteln sparsam gewirtschaftet werden muß.

— **Arbeiter- und Bauernräte.** Die Kosten für die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte, die bei der Bezirksverwaltung oder den Kommunalverbänden tätig sind, werden von den Kommunalverbänden (Amtskörperschaften) getragen. Die Höhe der Entschädigung setzen die Arbeiter- und Bauernräte fest. Die Gemeindebehörden und Oberämter, die mit der festgesetzten Entschädigung nicht einverstanden sind, können die Entscheidung des Landesausschusses anrufen. Dieser entscheidet im Einvernehmen mit der Staatsregierung.

— **Paßpflicht.** Jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, hat sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen. Ausgenommen sind Kinder unter 12 Jahren und solche Nichtwürttemberger, die sich bereits vor dem 1. Januar 1919 in Württemberg niedergelassen haben. Jeder Nichtwürttemberger ist verpflichtet, sich binnen 24 Stunden nach seiner Ankunft bei der Ortspolizeibehörde seines Aufenthaltsorts persönlich zu melden. Zuwiderhandlungen ziehen Strafe und Ausweisung nach sich.

— **Gegen den Schleichhandel.** In den nächsten Tagen wird durch die Schutzpol eine Ueberwachung des Personenverkehrs in den Zügen eingeführt. Es ist ratsam, sich auf Reisen mit geeigneten Ausweispapieren zu versehen.

— **Brennstoffhöchstpreise.** Eine mit Wirkung vom 1. April in Kraft tretende Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über Brennstoffhöchstpreise bestimmt: Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat darf Steinkohle, Preßkohle und Koks nach dem Inland nur zu den Preisen veräußern, die nicht höher sind, als der gewöhnliche Verkaufspreis, der dem Syndikat in seinen Richtpreisen festgesetzt und am 31. März 1919 in Geltung war.

* **Nagold**, 9. April. Ein Flieger überflog gestern, wie in anderen Städten des Landes, unsere Stadt, um große Mengen Flugblätter abzuwerfen. Die Flugblätter enthielten Anklagen gegen die Spartakisten. — Gestern geriet ein Lehrling eines hiesigen Handwerksmeisters, der beim Transport eines schweren Kessels nach dem Bahnhof mit behilflich war, unter diesen und erlitt dadurch schwere Verletzungen.

* **Freudenstadt**, 9. April. In einer Versammlung der elsaß-lothringischen Flüchtlinge, die hier am Samstag im Dreikönig stattfand, wurde die Gründung einer Ortsgruppe beschlossen, in der sich die Vertriebenen von Elsaß Lothringen, die hier und in der Umgebung ihren derzeitigen Aufenthalt haben. Es soll in Bälde eine Beratungsstelle für die Vertriebenen eingerichtet werden.

‖ **Rottenburg**, 9. April. (Schwere Bluttat.) In Obernau hat der 18jährige Fabrikarbeiter Schweinbenz im Walde zwischen Oberrau und Ergenzingen den gleichaltrigen Joseph Herter im Walde angeschossen, den Verwundeten in eine Höhle geschleppt, ihm durch einen weiteren Schuß den Kopf zertrümmert und die Leiche beraubt. Der jugendliche Mörder blieb selbst angesichts der Leiche des ermordeten kalt und gleichgültig.

(-) **Stuttgart**, 9. April. (Pferdemarkt.) Der nächste Pferdemarkt findet am 28. und 29. April auf dem Cannstatter Wasen in Verbindung mit einem Hundemarkt und einer Geldlotterie des Württ. Rennvereins statt. Ausnahmsweise werden auf den württ. Bahnstationen am Sonntag, den 27. April Pferde zur Beförderung nach Stuttgart und Cannstatt angenommen.

Gemeindewahlen nach neuem Recht.

Am 15. März ist das neue Württ. Gesetz über das Gemeindewahlrecht und die Gemeindevertretung verkündigt worden. Der Bürgerausschuß verschwindet. Auf den Gemeinderat gehen die in der Gemeindeordnung und in anderen Gesetzen sowie in Verordnungen dem Gemeinderat und Bürgerausschuß und den beiden Kollegien zusammen bisher zugewiesenen Befugnisse über. Der neue Gemeinderat wird in sämtlichen Gemeinden an einem vom Gemeinderat zu bestimmenden Sonntag, spätestens jedoch im Monat Mai 1919, neu gewählt. Die Zahl der neuzuwählenden Mitglieder stuft sich ab von 40—72 herunter an Gemeinden dritter Klasse von 6—12. In Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern erfolgt die Wahl nach dem Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Wähler, wie bei der Wahl zur Landesversammlung. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 in die Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet werden, sind 12 Tage vor der Wahl schriftlich einzureichen und müssen ein Merkmal (z. B. Wahlvorschlag der Württ. Bürgerpartei oder dergl.) tragen. Wahlvorschläge können durch Listenverbindung verbunden werden. Ist ein vorschriftsmäßiger Wahlvorschlag nicht eingekommen, so wird in den kleinen Gemeinden bis zu 500 Einwohnern nach Art des bisherigen Wahlrechts durch unmittelbare geheime Stimmabgabe gewählt. In den „großen Städten" (bis 50000 Einwohner) hat sich jeder abstimmende Wähler für einen Wahlvorschlag zu entscheiden. Namen von Bewerbern dürfen nicht auf verschiedenen Wahlvorschlägen stehen. Die Namen, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, werden gestrichen. Der Wähler darf jedoch innerhalb der zulässigen Gesamtstimmenzahl (z. B. in Stuttgart 60) den von ihm gewählten durch Wiederholung der Namen oder Beifügung von Zahlzeichen (z. B. „2mal" oder „3mal") bis zu drei Stimmen (Kumulieren) geben. Ueberschüssige Namen werden gestrichen. Das Wahlergebnis wird wie bei der Wahl zur Nationalversammlung (Teilung der Höchstzahlen durch 2, 3, 4, usw.) berechnet.

Für die übrigen Gemeinden mit mehr als 500 bis zu 50000 Einwohnern (mittlere und kleine Städte und Landgemeinden) gilt das Verhältniswahlverfahren der großen Städte mit der Erweiterung, daß hier auch das Mischen (Panachieren), also die freie Liste Platz greift. Die Wähler können nach Belieben die Namen der von ihnen zu wählenden Personen den verschiedenen öffentlich bekannt gemachten Wahlvorschlägen entnehmen. Auf jedem Stimmzettel dürfen soviele Bewerber genannt sein, als Stellen zu besetzen sind. Der Wähler darf auch innerhalb der zulässigen Gesamtstimmenzahl (z. B. 18) den von ihm gewählten durch Wiederholung der Namen oder Beifügung von Zahlzeichen („2mal" oder „3mal") bis zu drei Stimmen (Kumulierung) geben. Bei der Stimmenzählung wird durch Zusammenzählen derjenigen Stimmen die auf sämtliche Bewerber eines und desselben Wahlvorschlags gefallen sind, festgestellt, welche Zahl gültiger Stimmen jeder Wahlvorschlag erhalten hat. Im Fall der Verbindung mehrerer Wahlvorschläge wird außerdem die Gesamtzahl der den Bewerbern der verbundenen Wahlvorschläge zugefallenen Stimmen erhoben. Wenn gewählte Mitglieder nicht in das Kollegium eintreten oder später ausscheiden, rücken die weiteren Bewerber ein.

Das aktive Wahlrecht steht allen württembergischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts zu, die das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz haben. Zum Militärdienst eingezogene Personen sind an dem Ort ihrer militärischen Dienstleistung nur wahlberechtigt, wenn sie dort vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz gehabt haben. Ist der Wahlberechtigte nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, ist er entmündigt, unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellt, so ruht sein Wahl- oder Stimmrecht.

Das passive Wahlrecht für den Gemeinderat kommt allen wahlberechtigten Personen zu, die das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Nicht unter die beschränkenden Bestimmungen des vorstehend Gesagten fallen Militärpersonen, die in einem festen militärischen Anstellungsverhältnis stehen, wie Militärbeamte, und berufsmäßige Offiziere und Unteroffiziere, sofern sie nicht vorübergehend in den betreffenden Dienstort abgeordnet sind. Gemeindebeamte haben bei der Annahme der Wahl in den Gemeinderat ihr Amt nicht, wie unter den bisherigen Bestimmungen der Gemeindeordnung, niederzulegen.

Unsere Zeitung bestellen!

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Handel und Verkehr.

* **Rottweil**, 8. April. Bei einem umfangreichen Langholzverkauf der Stadtgemeinde wurden im Durchschnitt 160,8% der neuen Forstpreise erlöst. Die Angebote bewegten sich zwischen 142,5% und 176,3%. Ausgebot: 135736 ℳ, Erlös: 229646 ℳ. Es waren 27 Posten ausgeboten worden, welche von 9 Firmen in Schwenningen, Trossingen, Hösen, Pforzheim, Aldingen und aus der Nachbarschaft gekauft wurden.

Vermischtes.

Not bricht Eisen. In einem Dorfe bei Waldsee sollten bei der Beerdigung eines Veteranen durch die erst kurz vor dem Krieg angeschaffte Schallrohr-Kanone die üblichen drei Salven abgegeben werden, aber die Kanone war eingerostet. Was nun in der Eile tun? — Not zwingt: Eine Zimmerflinte mußte für den Ehrendienst aushelfen.

Das Gold. Ein biederer Landmann, der kürzlich für seine Familie ein Klavier kaufen wollte, einigte sich mit dem Verkäufer auf 4000 Mk. Kaufpreis und stellte dabei die Bedingung, daß man ihm bei der Bezahlung auch 2000 Mk. Gold abnehme, eine Bedingung, die, wie man sich denken kann, der Verkäufer mit Freuden einging.

Letzte Nachrichten.

WTB. **Weimar**, 10. April. Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim veröffentlicht einen **Aufruf an die bayerischen Bauern**, in dem er im Namen von 4 Millionen Bauern gegen den Eingriff der neuen Räterepublik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Dahrlehenskassen Einspruch erhebt. Er habe aus Gründen der Menschlichkeit gegen die Aufforderung an die Bauern zum Ernährungsstreik Stellung genommen, sei aber überzeugt, daß die Maßnahme der Räteregierung auf die Bauern aufreizend wirken werde. Dr. Heim erklärt besonders scharfen Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister auftreten, fast restlos Nichtbayern seien. Man werde nicht dulden, daß das vorbildliche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Bayerns der Willkür landfremder verständnisloser Leute zum Opfer falle.

WTB. **Berlin**, 10. April. Einem Mitarbeiter des Berliner Tageblatts gegenüber, der den Reichswehrminister **Noske über die Lage in Berlin und im Reich** befragte, äußerte Noske: Wir hatten Grund zu der Annahme, daß spartakistische Umtriebe jetzt in Berlin einsetzen. Daher unsere Vorsichtsmaßregeln, die glücklicherweise nachher sich als überflüssig erwiesen. Die militärische Leitung ist auf alle Möglichkeiten vorbereitet. In Magdeburg verläuft alles programmäßig. Die Stadt ist vollkommen in unserem Besitz. In Bayern werden sich, wenn mein Freund Hoffmann sich nur noch kurze Zeit hält, die Verhältnisse zugunsten der rechtmäßigen Regierung befestigen. Epp, früher Kommandeur des Münchener Leibregiments, ist ein hervorragender Offizier. Wenn es nicht anders geht, wird München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung zurückgeführt werden müssen, wie das in Bremen, Düsseldorf usw. geschehen ist. Ehe unser Vaterland in den Abgrund gestürzt wird, muß lieber aufs kräftigste zugeschlagen werden. Das Blut, wenn es fließen sollte, kommt über die kommunistischen Tollhäusler. Im Ruhrrevier liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger, als die Sensationspresse wahrhaben will. — Auf die Frage, wie er sich zu den neuesten Anträgen wegen Einrichtung eines Reichssoldatenrats stelle, der dem Reichswehrminister gleichberechtigt zur Seite gestellt werden sollte, antwortete Noske: „Der Rätekongreß kann Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind. Wenn aber der Reichssoldatenrat Tatsache werden sollte, gehe ich. Ohne einheitliche Leitung, ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anzustellen

WTB **Rotterdam**, 10. April. Der Londoner Korrespondent des Nieuwe Rotterdamschen Courant meldet: **Die Berichte aus Paris** sind noch immer sehr unsicher und und undeutlich. Niemand versucht in Abrede zu stellen, daß die Entbietung des Dampfers „George Washington" ein Zeichen für Wilsons Ungeduld ist, aber in welchem Maße dies der Fall ist, wird verschieden beurteilt. Daily News schreiben in einem Artikel, betitelt „Zurück zu den 14 Punkten": Die Welt ist zu dem Schluß gekommen, daß die Ursache der Verzögerung, die Hartnäckigkeit ist, mit der die Franzosen Forderungen stellen, die nicht angenommen werden können, und wenn sie angenommen würden, nicht durchgeführt werden könnten, Forderungen, die sich mit dem Völkerbund nicht vereinbaren lassen. Das Blatt beruft sich auf eine Depesche seines Pariser Korrespondenten, worin dieser sagt, daß die Franzosen sich nur mit einer dauernden Besetzung des linken Rheinufers zufrieden geben würden, und schreibt: Frankreich und England würden sich also eine dauernde Dienstpflicht aufbürden müssen, um bei einem entwaffneten Deutschland Wache zu halten, bis in dieser veränderlichen Welt neue Zustände eingetreten sind. Wir müssen unseren französischen Freunden wirklich klar machen, daß diese Art Frieden nicht das ist, was wir uns vorgenommen haben. Wir streben nicht nach einer Regelung, die dem auf der anderen des Rheins gelegenen Europa Segnungen bringen würde, wie sie Frankreich Marokko gebracht hat.

WTB. **Bad Kissingen**, 9. April, nachmittags. Funkspruch vom Generalkommando des 2. A.-K. an den Kasernenrat des 8. Infanterie-Regiments in Bad Kissingen: **Würzburg ist fest in den Händen der Regierungstruppen.** Residenz heute Nachmittag 1 Uhr von Regierungstruppen gestürmt. Bahnhof nach Kampf genommen. Feste Marienberg kampflos zurückgenommen. Haupträdelsführer der Spartakisten festgenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stadt Altensteig.

Verkauf von Nadelholzstangen

im schriftlichen Aufstreich

aus Stadtwald Langerberg und Priemen: Gerüststangen 110, Baust. Ia 193, Ib 313, II 184, III 25; Hagst. I 268, II 636, III 255; Hopfenst. I 1250, II 725, III 192, IV 213, V. Kl. 340. Entfernung vom Bahnhof Altensteig 3—8 Km. Losverzeichnisse von der städt. Forstverwaltung.

Angebote auf die einzelnen Lose **in Geld für 1 Stück,** unterzeichnet und verschlossen mit der Aufschrift „Gebot auf Stangen", **bis zum 19. April, nachm. 2 Uhr** an das Stadtschultheißenamt.

Wegbau-Akkord.

Die Gemeinde **Garrweiler** verakkordiert am **Samstag, den 12. ds. Mts, nachm. 3 Uhr** auf hiesigem Rathaus

die Herstellung eines Holzabfuhrweges

vom Gemeindewald Abtlg. Zuberwald über Abtlg. Beschwiesenwald bis zur Einmündung in die Zinsbachtalstraße, ca. 1000 Meter lang.

Die Bedingungen können beim Schulth.-Amt eingesehen werden. Liebhaber sind eingeladen.

Schultheißenamt.

Besenfeld.

Grundstücks-Versteigerung.

Im Auftrag der Erben des **Georg Sackmann**, gew. Landwirts hier, kommen die im Nachlaß vorhandenen Grundstücke am

Dienstag, den 22. April 1919, nachmittags 1 Uhr

auf dem hiesigen Rathaus im II. Termin zur freiwilligen, öffentlichen Versteigerung:

Geb. Nr.	94		1 ar	68 qm	Wohnhaus und Hofraum
Parz. Nr.	161/3		18 „	32 „	Acker und Gemüsegarten
„ „	339	1 ha	16 ar	14 qm	Wald im Erenwäldle
„ „	341	1 „	80 „	57 „	Wald daselbst
„ „	484	10 „	51 „	38 „	Wald im Kirchbühlwald
„ „	834	1 „	54 „	35 „	Wald ob den Aeckern
„ „	835		74 „	67 „	Wald daselbst
„ „	395/1	6 „	42 „	84 „	Streuplatz in Eichen
„ „	481	1 „	45 „	89 „	Wald im Kirchbühlwald
„ „	482	1 „	42 „	49 „	Wald daselbst
„ „	483	1 „	52 „	71 „	Wald daselbst
1/12 an	P. Nr. 492/2		28 „	37 „	Holzlagerplatz im Kirchbühl
1/12 an	P. Nr. 492/1		11 „	44 „	Oede daselbst.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 8. April 1919.

Ratsschreiber Müller.

Fr. Steeb, Altensteig

Dentist

hält jeden Tag

Sprechstunden.

Sonntags geschlossen.

Inserate für die am Samstag erscheinende Nummer unseres Blattes bitten wir frühzeitig aufzugeben, größere Tags zuvor!

Altensteig-Stadt.

Gegen

Aushilfsmarke 11

ist v. **Freitag, den 11. d. Mts.** bei sämtlichen hiesigen Kaufleuten

1 Kg. Einmachzucker

zum Preis von 54 Pf. pro Pfund erhältlich.

Den 10. April 1919.

Stadtschulth.-Amt.

Altensteig.

Todesanzeige.

Allen teilnehmenden Verwandten und Freunden die schmerzliche Mitteilung, daß uns heute unser liebes Kind

Herrmann

infolge Unglücksfall im Alter von 2 3/4 Jahren entrissen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilh. Henßler, Schuhmacher z. Zt. vermißt mit Frau und Kinder.

Beerdigung Freitag nachm. 2 Uhr.

Gut empfohlenes

Alleinmädchen

welches bürgerlich kochen kann, für kleinen, ruhigen Haushalt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an

Frau Ingenieur **Czygan**
Stuttgart, Sonnenbergstr. 29 p.

Suche auf 1. Mai ein kath.

Mädchen

das gut bürgerlich kochen kann, und die sonstigen Hausarbeiten verrichtet, bei hohem Lohn. Kindermädchen vorhanden. Offerten wenn möglich mit Bild an

Frau Zahnarzt **Reiß**
Stuttgart
Gartenstraße 48 I.

Hölnerberg.

4 Festmeter

Buchen

und 12 Rm. buchene

Scheiter

verkauft am **Samstag, den 12. April,** mittags 2 Uhr.

Zusammenkunft beim Hause.

Gottfried Schleeh jr.

Bekanntmachung.

Zivilpersonen, die nicht mit besonderen Ausweisen einer Heeresstelle versehen sind, ist das Mitfahren auf Militärfahrzeugen jeder Art strengstens untersagt. Zuwiderhandlungen ziehen sowohl Bestrafung des betr. Führers als der mitfahrenden Person nach sich.

J. A. d. S.-R. Württbgs.: gez.: **Klotz.** — Der Kriegsminister: gez.: Herrmann.

Altensteig.

Wirtschaftsschluß.

Meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung zur gefl. Mitteilung, daß ich am **Palmsonntag, 16. März** meine Wirtschaft zum letztenmal geöffnet halte und dann **— bis auf weiteres wieder schließen werde. —**

Zugleich danke ich meiner w. Kundschaft bestens für das mir während der Zeit meines Wirtschaftsbetriebes entgegengebrachte Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Frau Chr. Beck z. Anker.

Suche per 15. April oder 1. Mai tüchtiges, ehrliches

Mädchen

welches in Küche und Haushalt selbständig ist, bei guter Behandlung. Lohnansprüche mit Zeugnis erbeten an

Frau **L. Abis**
Installationsgeschäft
Stuttgart, Gutbrodstr. 9.

Auf 1. Mai oder früher jüngeres

Mädchen

gesucht für Haushalt und kl. Gartenarbeit bei gutem Lohn.

Stuttgart
Hauptstätterstr. 132 hp.
— Rufn. 2428. —

Mädchen-Gesuch.

Auf 1. Mai suche ein ehrliches, fleißiges Mädchen im Alter von 17—18 Jahren für Haus- und Gartenarbeit. Gute familiäre Behandlung wird zugesichert.

Th. Knapp, Kaufmann
Ditzingen.

Ich kaufe

Kriegsanleihe

und erbitte Angebote unter Nr. 11 an die Exp. d. Bl.

Pfalzgrafenweiler.

Unterzeichneter verkauft

1 Pferd

8 Jahre alt, Schwarz-Schimmel (Wallach) Größe 1,65 m, fehlerfrei, gut im schweren Zug

Fritz Weber.

Einen Posten auf Kalkboden gewachsenes, schönes

Rotkleehen

gibt ab. Schriftliche Angebote mit Preis an den Verlag ds. Blattes.

Altensteig.

Spazierstöcke

für Erwachsene und Kinder

empfiehlt in reicher Auswahl billig

Lorenz Luz jr.

Kaufe jedes Quantum

Tafeläpfel

Angebote mit Preisangabe erbeten

Frida Sackmann,
Wildbad, Hauptstr. 129.

Briefordner

und

Schnellhefter

in Post- u. Kanzleiformat

sind wieder eingetroffen u. empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg

„Göppinger Sauerbrunnen"

— rein natürliches Tafel- und Gesundheitswasser, kein Zusatz, keine Ausscheidung. —

empfiehlt von frischer Ladung (bei 25 Flaschen hier frei ins Haus geliefert)

die Niederlage: **C. W. Lutz Nachf., Fritz Bühler jr.,** Altensteig, Telefon 5.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw